

Menschenrechtsverletzungen in Aurubis Kupfer-Lieferketten müssen Konsequenzen haben!

Gemeinsam mit Betroffenen und Organisationen aus Mexiko und Panama reicht die Romero Initiative (CIR) Lieferkettenbeschwerde und einen Hinweis gegen den Metallkonzern Aurubis ein und fordert die Einhaltung der Sorgfaltspflichten gemäß Lieferkettengesetz. Aurubis importiert nachweislich Kupfererz aus Minen, die mit Trinkwasserverschmutzung, Gesundheitsschädigungen und gewaltsamer Repression in Verbindung stehen.

Münster, 5. Februar 2025 – Vor den Bundestagswahlen wird das deutsche Lieferkettengesetz von Wirtschaftsverbänden und konservativen Parteien attackiert. CDU und FDP fordern eine Abschaffung des Gesetzes und diffamieren es als nutzlose Bürokratie. Doch die Realität zeigt: Das 2023 in Kraft getretene Gesetz ist dringend notwendig, um massive Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörungen entlang globaler Lieferketten zu bekämpfen und Unternehmen zur Verantwortung zu ziehen. Aus diesem Grund hat die Romero Initiative gemeinsam mit Betroffenen und den mexikanischen Organisationen PODER und CCRS sowie der panamaischen Organisation CIAM eine Lieferkettenbeschwerde und einen Hinweis gegen den deutschen Metallkonzern Aurubis beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) eingereicht. In beiden Fällen bezieht Aurubis Kupfererz aus Minen, die in Zusammenhang mit Verunreinigung des Trinkwassers, Gesundheitsschädigungen und - im Fall der Mine in Panama - gewaltsamer Repression stehen. “Aurubis spricht von Verantwortung in der Lieferkette, doch die Betroffenen merken davon nichts. Die Lieferanten von Aurubis zerstören die Lebensgrundlagen der Menschen und machen sie krank. Mit der enormen Menge an importiertem Kupfererz geht auch eine Verantwortung einher, der Aurubis im Rahmen des Lieferkettengesetzes nachkommen muss”, sagt Christian Wimberger, Referent für Unternehmensverantwortung bei der Romero Initiative (CIR).

Kupferminen in Mexiko und Panama haben Flüsse und Trinkwasser vergiftet

In Panama demonstrierten Ende 2023 Tausende Menschen gegen eine der größten Kupferminen weltweit. Die Megamine des kanadischen Konzerns First Quantum Minerals baute jahrelang illegal Kupfererz in einem Naturschutzgebiet ab. Die Proteste wurden von der Polizei brutal niedergeschlagen, fünf Menschen starben, Hunderte wurden verletzt oder willkürlich verhaftet. Zwar wurde die Mine letztlich per Gerichtsentscheid geschlossen, doch die Umweltschäden bleiben. “Heute besteht für die Gemeinden und die Umwelt das Risiko, dass ein mit Bergbaurückständen befülltes Rückhaltebecken brechen und gefährliche Schadstoffe freisetzen könnte”, warnt Joana Ábrego von der Umweltorganisation CIAM.

Ein solcher Dammbbruch ereignete sich bereits 2014 in einer Megamine in der mexikanischen Region Sonora. Dort gelangten 40.000 Kubikmeter Kupfersulfat in den gleichnamigen Fluss und vergifteten Mensch und Umwelt. Wissenschaftliche Studien belegen, dass das Trinkwasser auch zehn Jahre nach der Katastrophe noch mit Schwermetallen kontaminiert ist und viele Menschen unter den gesundheitlichen Folgen leiden. „Der Bergbaukonzern Grupo México hat bis heute nicht die zugesagten Wasseraufbereitungsanlagen zur Reinigung unseres Wassers installiert. Auch das versprochene Krankenhaus wurde bis heute nicht gebaut. Es ist ein Skandal, dass

Aurubis diese Missachtung der betroffenen Bevölkerung hinnimmt“ sagt Martha Velarde, Führerin der Lieferkettenbeschwerde.

Lieferkettengesetz: Unternehmen müssen Verantwortung übernehmen

Aurubis bezeichnet sich selbst als nachhaltiges Unternehmen, dessen Metalle für Windräder und Elektroautos benötigt werden und so zur grünen Transformation der Wirtschaft beitragen. Vor kurzem hat Aurubis sogar den Deutschen Nachhaltigkeitspreis erhalten. „Hinter der Auszeichnung für Aurubis steckt ein einseitiges Nachhaltigkeitsverständnis, das nur die Energiewende und Wirtschaftswachstum in Deutschland im Blick hat, aber die oft gravierenden Folgen des Rohstoffabbaus ignoriert“, sagt Christian Wimberger. Die Betroffenen und beteiligten Organisationen erwarten, dass Aurubis im Rahmen des Lieferkettengesetzes zu konkreten Verbesserungsmaßnahmen in den Abbauländern aufgefordert wird. „Die Fälle aus Mexiko und Panama bestätigen, wie dringend wir ein Lieferkettengesetz brauchen, um künftige Umweltkatastrophen zu verhindern und die Rechte von Betroffenen zu schützen“, so Wimberger.



BU: Der Abbaukrater der Mega-Mine in Panama: Auch nach der vorläufigen Schließung noch umweltschädlich. Foto: CIAM



BU: Lieferketten-Beschwerdeführerin Martha Velarde prangert bei einer Protestveranstaltung die durch den Bergbau verursachte Zerstörung der Lebensgrundlagen an. Foto: PODER

PRESSE-KONTAKT:

Christian Wimberger

Romero Initiative (CIR)

Tel: 0251 – 674413-21

E-Mail: wimberger@ci-romero.de

ÜBER DIE ROMERO INITIATIVE (CIR):

Wir sind eine NGO aus Münster und setzen uns für Arbeits- und Menschenrechte, vor allem in Brasilien und Mittelamerika, ein. Mit unserer Kampagnen- und Bildungsarbeit schlagen wir die Brücke nach Deutschland. Unsere Vision ist eine gerechte, solidarisch Welt, in der ein gutes Leben für alle möglich ist.